

DER KAMPF DER SARAYAKU UM IHRE RECHTE

Das indigene Volk von Sarayaku im ecuadorianischen Amazonasgebiet umfasst eine Gemeinde von ungefähr 1.200 Personen. Sie leben auf ihrem angestammten Gebiet in der Provinz Pastaza. 1992 wurde ihnen Sarayaku als rechtmäßiger Besitz zugesprochen.

Im Jahr 2002 waren Ölarbeiter eines argentinischen Unternehmens auf das Land der Sarayaku vorgedrungen. Die Regierung hatte dem Unternehmen Konzessionsrechte eingeräumt, ohne die Sarayaku vorher zu konsultieren.

Die Mitarbeiter des Erdölunternehmens deponierten Sprengstoff, führten Sprengungen durch und gruben mehr als 400 Brunnen. Unterstützt wurden sie dabei durch die Armee und private Sicherheitskräfte. Diese Aktivitäten störten das Leben der Sarayaku empfindlich. Die Wohnungen vieler Frauen, Männer und Kinder wurden rechtswidrig zwangsgeräumt und ihre Versorgung mit Nahrung stark beeinträchtigt. Auch der Regenwald wurde z. T. großflächig vernichtet. Da Pflanzen, Tiere und Flüsse besondere Bedeutung für die Sarayaku haben, wurden durch diese Maßnahmen auch ihre Gefühle gegenüber der Natur und ihre religiöse Anschauung verletzt. Proteste der Sarayaku gegen diese Verletzung ihrer Rechte wurden mit Schikanen und Todesdrohungen beantwortet. Nach massiven Protesten durch die indigene Gemeinde verließ das Unternehmen schließlich das Land.

Die Sarayaku führten einen jahrelangen Rechtsstreit gegen die Regierung Ecuadors, da sie ihre Rechte verletzt sahen, und zogen bis vor den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die Klage richtete sich in erster Linie gegen die rechtswidrige Ausbeutung ihres Landes, gegen die Nichtkonsultierung der indigenen Gemeinde und forderte die Beseitigung der deponierten Sprengstoffe sowie eine Entschädigung für die den Sarayaku zugefügten Beeinträchtigungen.

WEGWEISENDES URTEIL FÜR DIE INDIGENENRECHTE

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat nun im August 2012 mit seinem Urteil bestätigt, dass der ecuadorianische Staat das Recht der Indigenen auf vorherige Konsultation, auf Gemeindegut und kulturelle Identität verletzt hat. Auch habe er das Leben und die körperliche Unversehrtheit der Sarayaku gefährdet, da das Unternehmen 1,4 Tonnen Sprengstoffe auf ihrem Gebiet hinterlassen habe. Ecuador wurde zur Leistung einer Entschädigungszahlung und der Durchführung verschiedener Maßnahmen verurteilt, darunter die Beseitigung der Sprengstoffe.

Der Anführer der Sarayaku, José Gualinga, begrüßte das Urteil: "Die Sarayaku sind sehr zufrieden mit diesem Sieg, der durch die Anstrengungen unserer Gemeindemitglieder und der Hilfe und Solidarität von Organisationen, die sich für die Rechte der indigenen Völker einsetzen, erreicht wurde." Auch Mario Melo, der Anwalt der Gemeinde, erklärte, das positive Urteil sei auf das große Engagement der Gemeinde zurückzuführen.

Damit haben sie einen wichtigen Sieg nicht nur für indigene Gemeinden in Ecuador, sondern in der ganzen Region errungen. "Dieses Urteil ist ein Meilenstein für die Verwirklichung der Rechte indigener Gruppen und muss nun umgehend von der Regierung Ecuadors umgesetzt werden", erklärte die Lateinamerikaexpertin von Amnesty International Maja Liebing. Auch die anderen Regierungen der Region müssen die starke Botschaft dieses Urteils beachten, ihre Verpflichtungen gegenüber den Indigenen anerkennen und Maßnahmen für die Verwirklichung ihrer Rechte ergreifen.

Das Recht indigener Gemeinden auf vorherige Konsultation bei allen Projekten, die ihr angestammtes Land betreffen, ist in der ILO-Deklaration 169 über die Rechte der indigenen Völker verankert, die von den meisten Staaten der Region ratifiziert wurde und damit völkerrechtlich verbindlich ist. Auch haben viele südamerikanische Länder inzwischen die Rechte der indigenen

Bevölkerung in ihren Verfassungen verankert. Trotzdem werden sie in der Praxis noch immer verletzt. Das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs verdeutlicht die Verpflichtung der Staaten, konkrete Konsultationsmechanismen zu schaffen.

Es geht nun darum, die Sarayaku bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen und der Regierung Ecuadors zu zeigen, dass eine weltweite Öffentlichkeit darauf achtet, dass die Umsetzung des Urteils des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte in adäquater Form erfolgt. Dies bedeutet, dass die Sarayaku bei der Planung und Durchführung der erforderlichen Maßnahmen, z. B. bei der Beseitigung des Sprengstoffes, beteiligt werden und dass die Entschädigungszahlung in angemessener Weise festgesetzt wird. Zur Überwachung der Umsetzung des Urteils hat Ecuador dem Gericht im Juni 2013 einen Bericht vorzulegen.

WAS KÖNNEN WIR TUN?

Die Regierung Ecuadors auffordern,

- das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte umzusetzen und anzuerkennen, dass die Rechte der Sarayaku verletzt wurden;
- das Gelände der Sarayaku von Sprengstoff zu räumen und sie bei zukünftigen Projekten, die ihr Land betreffen, vorher zu konsultieren;
- eine Regelung zu schaffen, die sicherstellt, dass bei allen zukünftigen Projekten die Rechte der indigenen Bevölkerungen Ecuadors auf vorherige Konsultation gewahrt werden. Insbesondere müssen indigene Völker bei jedem Bergbau- oder Entwicklungsprojekt, das ihr Land betrifft, konsultiert werden und ihre Zustimmung erteilen. Ein solches Regelungswerk muss internationalen Standards genügen und gemeinsam mit den Indigenen ohne jegliche Diskriminierung entwickelt werden.

Gruppen, die sich an der Kampagne zu den Sarayaku beteiligen möchten, wenden sich bitte an Barbara Hermanns, Sprecherin der Themenkategorie „Menschenrechte und indigene Völker“. Für Veranstaltungen steht den Gruppen der Dokumentarfilm „Die Kinder des Jaguar“ zur Verfügung.

DIE KINDER DES JAGUARS

Der von den Sarayaku und Amnesty International ko-produzierte Dokumentarfilm "Die Kinder des Jaguars" (Los descendientes del jaguar) zeigt, wie die Sarayaku ihren Fall bis vor den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte brachten.

Der Film hat 2012 bereits mehrere Preise als bester Dokumentarfilm gewonnen. Er kann von Gruppen als DVD ausgeliehen werden. Der Film hat eine Länge von 28'40".

Ein Trailer mit englischem Untertitel ist zu finden unter:

<https://adam.amnesty.org/asset-bank/action/viewAsset?id=152613>

Weitere Informationen:

So that no one can demand anything' Criminalizing the right to protest in Ecuador?

<http://www.amnesty.org/en/library/info/AMR28/002/2012/en>

Weitere Artikel auf amnesty.de:

Wegweisendes Urteil für Indigenenrechte, 2. August 2012

Sind Profite wichtiger als die Rechte von Indigenen?, 9. August 2012

Günter Pape, Amnesty-Gruppe 1008 und Themenkategorie Wirtschaft, Rüstung und

Menschenrechte

Barbara Hermanns, Themenkategorie Menschenrechte und indigene Völker